

Antrag

der Abgeordneten Petr Bystron, Matthias Moosdorf, Tino Chrupalla, Eugen Schmidt, Markus Frohnmaier, Dr. Alexander Gauland, Stefan Keuter, Steffen Kotré, René Springer, Joachim Wundrak, Dr. Christina Baum, Marc Bernhard, René Bochmann, Marcus Bühl, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Barbara Lenk, Edgar Naujok, Bernd Schattner, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Grenzschutzzäune gemeinsam finanzieren – Gemeinsam gegen illegale Einwanderung vorgehen

Der Bundestag wolle beschließen:

Deutschland und die Europäische Union sehen sich mit einer Migrationskrise konfrontiert, die sogar „2015“ übersteigt. Im letzten Jahr hat die Bundesrepublik Deutschland 1,2 Millionen Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge aufgenommen. Im Jahr 2022 wurden innerhalb der EU fast 924.000 Asylanträge gestellt (plus 46,5 Prozent im Vergleich zu 2021), davon 244.132 und damit mehr als ein Viertel in Deutschland. Die illegalen Grenzübertritte an den EU-Außengrenzen sind im letzten Jahr um fast 70 Prozent angestiegen. Dabei ist die Balkan-Route – wie 2015 – wieder der wichtigste Migrationsweg in die Länder der Europäischen Union und damit vor allem nach Deutschland. „Laut den Frontex-Zahlen gelangten bis November rund 140 000 Migranten illegal über den Balkan und Länder des ehemaligen Jugoslawiens nach Mitteleuropa. Das waren zweieinhalb so viele wie noch 2021 und der höchste Wert seit der Flüchtlingskrise des Jahres 2015“ (https://m.focus.de/politik/ausland/illegale-grenzuebertritte-in-die-eu-um-68-prozent-angestiegen_id_181494852.html).

Zahlreiche Staaten, z. B. Polen, Ungarn oder die baltischen Staaten haben an den Außengrenzen der Europäischen Union in ihrem Staatsgebiet Grenzschutzzäune, Mauern und andere physische Vorrichtungen zur Abwehr von illegaler Migration errichtet (vgl. <https://ednh.news/de/festung-europa-wie-eu-laender-ihre-grenzen-gegen-migration-befestigen/>). Mit Erfolg: allein in Polen sank die Zahl der illegal aus Belarus einreisenden Migranten um mehr als die Hälfte (vgl. https://m.focus.de/politik/ausland/illegale-grenzuebertritte-in-die-eu-um-68-prozent-angestiegen_id_181494852.html). In Ungarn hat der Grenzzaun zu Serbien allein 2022 270.000 illegale Grenzübertritte verhindert (vgl. <https://ungarnheute.hu/news/umfrage-eu-soll-ungarischen-grenzzaun-mitfinanzieren-76413/>).

Trotz dieser Erfolge bei der Bekämpfung der illegalen Migration verweigert die EU-Kommission seit Jahren die Unterstützung der effektiven Grenzschutzmaßnahmen. Auch beim jüngsten EU-Gipfel Anfang Februar konnte keine Einigung hinsichtlich der Finanzierung von Grenzschutzzäunen erreicht werden.

In der Abschlusserklärung heißt es lediglich, der Europäische Rat fordere „die Kommission auf, unverzüglich umfangreiche EU-Mittel zu mobilisieren, um die Mitgliedstaaten beim Ausbau der Grenzschutzkapazitäten und -infrastrukturen, der Überwachungsmittel, einschließlich der Luftüberwachung, und der Ausrüstung zu unterstützen. In diesem Zusammenhang fordert der Europäische Rat die Kommission auf, die europäische Strategie für die integrierte Grenzverwaltung rasch fertig zu stellen“ (<https://ungarnheute.hu/news/viktor-orban-fordert-eu-zur-finanzierung-von-grenz-zaeunen-auf-61201/>). Die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen betonte, dass nur Infrastruktur wie Überwachungskameras, Wachtürme und Fahrzeuge finanziert werden, nicht jedoch Grenzschutzzäune (vgl. www.politico.eu/article/euco-eu-crosses-into-the-border-fence-game-migration/).

Damit wiederholte sie ihre Aussage aus dem Jahr 2021, dass es neue „Stacheldrahtzäune und Mauern“ an der Ostgrenze Europas nicht geben dürfe (vgl. www.stern.de/news/bruessel-gegen-oesterreichs-milliarden-forderung-zum-grenzschutz-33138306.html). Dabei haben bereits 2021 zwölf Staaten: die drei baltischen Staaten, die Visegrád-Staaten (Polen, Ungarn, Slowakei, Tschechien), Dänemark, Zypern, Griechenland, Bulgarien und Österreich in einem Brief an die EU-Kommission gefordert, eine Anpassung des EU-Rechtsrahmens an neue Realitäten, unter anderem die „Legalisierung physischer Grenzsperrungen wie Stacheldrahtzäune“ vorzunehmen (www.fr.de/politik/pushbacks-mauern-und-schlaege-gegen-fluechtende-menschen-91801145.html).

Während ein Grenzschutzzaun z. B. zwischen Bulgarien und der Türkei zwei Milliarden Euro kosten würde und zwischen Ungarn und Serbien 1,5 Milliarden Euro gekostet hat, übersteigen die Kosten der illegalen Migration in den aufnehmenden Staaten diese Ausgaben bei Weitem. Allein 2022 erreichten die Asylkosten in der Bundesrepublik Deutschland mindestens 22 Milliarden Euro (Soll), 2021 lagen sie ebenfalls bei fast 22 Milliarden (vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/665598/umfrage/kosten-des-bundes-in-deutschland-durch-die-fluechtlingskrise/>).

Im Vorfeld des jüngsten EU-Gipfels haben wiederum dutzende Staaten, darunter Österreich, Ungarn, Dänemark, Litauen, Estland, Lettland und Griechenland eine EU-Finanzierung von Grenzschutzzäunen gefordert (www.politico.eu/article/euco-eu-crosses-into-the-border-fence-game-migration/) – ohne Erfolg.

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Grenzschutzzäune und andere physische Barrieren verringern den Migrationsdruck an den Außengrenzen der EU und sind damit ein wirksames Mittel gegen die Zunahme der illegalen Migration in Deutschland.
2. Durch wirksame Grenzschutzmaßnahmen sinken die Migrationsanreize, was wiederum zu einer Reduktion der illegalen Migration und damit zu einer Abnahme von im Mittelmeer Ertrunkenen oder auf eine andere Weise auf dem Migrationsweg ums Leben gekommenen Menschen führt.
3. Durch die Eindämmung der illegalen Migration sinken die Kosten für die Unterbringung und Versorgung der Migranten in den Ankunftsändern und somit auch die finanzielle Belastung der einheimischen Bevölkerung. Zudem erhöht sich die Sicherheit der Bürger durch Vermeidung von durch illegale Migranten begangener Straftaten.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

den Aufbau von Grenzschutzzäunen und anderen physischen Barrieren durch Staaten an der EU-Außengrenze, insbesondere die Vorreiterrolle Ungarns, das bereits 2015 einen Grenzschutzzaun an der Grenze zu Serbien errichtet hat, was maßgeblich zur Eindämmung der Migrationskrise beigetragen hat.

Die Republik Ungarn baut seit 2022 darüber hinaus ein Grenzschutzkorps auf, um ihre Grenzen und damit auch die Außengrenzen der EU noch wirksamer zu schützen (vgl. <https://visegradpost.com/de/2022/07/07/ungarn-wird-ein-grenzschutzkorps-aufbauen/>). Ebenso begrüßt der Deutsche Bundestag das vorbildliche Engagement der Republik Polen bei der Sicherung der EU-Außengrenze zu Belarus.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich zusammen mit Österreich, Polen, Ungarn, den baltischen Staaten und anderen Partnern dafür einzusetzen, dass Grenzschutzzäune und andere physische Barrieren zur Abwehr illegaler Migration an den EU-Außengrenzen im Rahmen eines gemeinsamen zwischenstaatlichen Fonds auf Basis von Verträgen zwischen den beteiligten Staaten finanziert werden.

Berlin, den 13. Februar 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

